



Preis... 15 Sgr.

Vertheilung... 15 Sgr.

Deutschland.

Berlin, 10. Aug. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem General-Lieutenant v. Rümping...

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u., beordnen auf Grund des Artikels 12 der Verfassung des norddeutschen Bundes...

Der Bundesrath des norddeutschen Bundes wird berufen, am 15. d. M. in Berlin zusammenzutreten und beauftragt die Bundeskanzler mit den zu diesem Zwecke nöthigen Vorbereitungen.

Urkundlich unter Unserer Höchstehändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insigne.

Gegeben Bad Ems, den 3. August 1867.

(L. S.) Wilhelm.

Gr. von Bismarck-Schönhausen.

Dem Prorector Dr. Briz am Gymnasium zu Pignitz ist das Prädikat „Professor“ verliehen worden.

Berlin, 9. August. [Der geschäftsleitende Ausschuss der national-liberalen Partei] hat folgendes Rundschreiben versandt:

Geehrter Herr!

Gemäß seinem Rundschreiben vom 29. Juni hat sich der geschäftsleitende Ausschuss der national-liberalen Partei von jeder directen Einwirkung auf die Wahlbewegung der einzelnen Kreise möglichst fern gehalten.

Die Aufgaben der nächsten Reichstagsession sind von unermesslicher Wichtigkeit. Eine Verfassung, die bis jetzt nur auf dem Papiere steht, soll der Wirklichkeit vermittelst der Voraussetzungen angepaßt werden.

Es wird die Pflicht der Reichstagsabgeordneten sein, gegen jede höhere Belastung des Volkes, ja für verhältnismäßige Entlastung und für eine gerechtere Vertheilung der drückenden Steuerlast mit allen Kräften zu wirken.

Ferner wird es Sache des Reichstages sein, das allgemeine deutsche Staatsbürgerrecht gesetzlich zu verwirklichen, dessen Principien auch auf die gewerblichen Gebiete auszudehnen und mit Energie dem Widerstand zu begegnen, den der Particularismus einiger zurückgebliebener Jüngerstaaten dagegen erheben könnte.

Vor allen Dingen aber ist es der Beruf des nächsten Reichstages, mit den Nationalparlamenten unter den süddeutschen Jollparlamenten-Mitgliedern die nöthigen Schritte zu verabreden, um aus den ersten unvollkommenen und unzulänglichen Gestaltungen die volle nationale Einheit zu entwickeln.

Solche ungeheure Aufgaben erheischen das Zusammenwirken aller Kräfte und Capacitäten, welche die deutsche Nation so reichlich besitzt. Freilich muß bei allen Wahlen die liberale Gesinnung als unumgängliche Bedingung festgehalten werden, zumal neueste Ereignisse wiederum zu unserem Schaden und Schmerz dargethan haben, daß alle bürocratische Weisheit und alle diplomatischen Anstrengungen nicht ausreichen, die nationale Ehre und die Grenzen des deutschen Vaterlandes so intact zu erhalten, wie es ohne große Anstrengung und Gefahr eine populäre Regierungsweise vermöchte.

Berlin, den 9. August 1867. Der geschäftsleitende Ausschuss der national-liberalen Partei.

[Se. Maj. der König] geht, wie der „Spn. Ztg.“ aus Ems gemeldet wird, in den nächsten Tagen zuerst nach Frankfurt a. M. und nach einem Aufenthalt von etwa 2 Tagen von da nach Kassel.

[Der König] war gleich anfangs gegen einen Aufenthalt in Ragatz, wofür aber der Leibarzt Dr. Lauer sich wiederholt erklärte. Der Wirth des Hotels, welches der König nebst einem Theile seines Gefolges in Ragatz bewohnen sollte, verlangte täglich dafür eine Miete von 2000 Thalern!!

[Die Kronprinzliche Familie] wird am künftigen Freitag aus dem Seebade Misdroy im neuen Palais bei Potsdam erwartet, und, wie man hört, weitere Reisen in diesem Sommer nicht unternehmen.

[Der am Freitag, in Begleitung des Geh. Legationsraths v. Reubell zurückgekehrte Ministerpräsident Graf

Bismarck] hat seine Geschäfte im vollen Umfange wieder aufgenommen. Der Unfall, welcher ihm durch Quetschung der rechten Hand, bei dem Zuwerfen der Thüre eines Eisenbahnwagens, kurz vor der Ankunft in Berlin, widerfahren, soll ohne jede ernstere Folge sein.

[Der Vicekönig von Egypten] soll auf seiner Rückreise von Paris, die er so viel als möglich zu Lande zurücklegen will, beabsichtigen, Berlin zu besuchen.

[Der General v. Gansauge], welcher bekanntlich am 18. März 1848 in Berlin eine Division commandirte, später Commandant von Köln war und zuletzt als Pensionär lebte, ist dort plötzlich in Irftin verfallen und mußte nach der in Halle befindlichen Anstalt gebracht werden.

[Durch Professor Böck's Tod] ist auch die Ehrenstelle eines Kanzlers des Ordens pour le mérite für Wissenschaft und Kunst erledigt. Der Verewigte hatte sie kaum fünf Monate inne, da sie ihm an seinem Jubeltage, 15. März d. J., verlihen worden war.

[Das Befinden des Abgeordneten Obertribunalsraths Dr. Waldeck] in Karlsbad, wo derselbe zur Cur weilt, soll leider nicht nach Wunsch sein.

[Vertrauensmänner.] Wie verlautet, wird der Minister Graf Eulenburg Vertrauensmänner aus Kassel, Wiesbaden und den Oberrheinprovinzen einberufen, vorher aber Beamte dieser Provinzen zu Rathe ziehen.

[Das Brot für die Soldaten.] Wie die „Kreuztg.“ hört, wird nach einer Verfügung des Militär-Ökonomie-Departements in Zukunft das den Soldaten gelieferte Brot in besserer Qualität gebaden und vom 15. d. M. ab mit der Herausgabe dieses neuen Brotes vorgegangen werden.

[Königsberg i. Pr., 9. Aug. [Beschlagnahme.] Die gestrige Nummer der „K. N. Z.“ ist auf Verfügung der königlichen Staatsanwaltschaft gestern mit Beschlagnahme belegt worden.

[Brandenburg, 9. August. [Wahl-Candidaten.] Nach der „Zukunft“ ist in der Vorabstimmung über die beiden Candidaten der Fortschrittspartei, welche dort candidirten, die Herren Wilhelm Angerstein und Dr. Langerhans, der Erstere mit 376 gegen 284 Stimmen zum Candidaten des Wahlkreises bestimmt worden.

[Flensburg, 9. Aug. [Aushebung.] Die „K. N. Ztg.“ berichtet: Aus dem Loosungsbezirke Sonderburg (32,358 Seelen) waren nur 28 brauchbare Militärpflichtige von der Kreis-Ersatz-Commission designirt worden, welche am 8. d. M. der Departements-Ersatz-Commission vorgestellt werden sollten.

[Hannover, 9. Aug. [Diplomatisches.] Die offizielle „K. N. Z.“ schreibt: Wir haben bereits mitgetheilt, daß der Kanzler der früheren hiesigen kaiserl. französischen Gesandtschaft, Fourcade, welcher sich noch in Hannover aufhielt, von seiner Regierung die Anweisung erhalten hat, Hannover sofort zu verlassen und sich nach Braunschweig zu begeben.

[Oldenburg, 8. August. [Gegenseitige Rechtshilfe.] Nach Angabe des hiesigen „Tageblatt“ hat der preussische Gesandte in Oldenburg mit unserem Staatsministerium Verhandlungen angeknüpft zum Zwecke des Abschlusses eines Staatsvertrages mit Preußen über die gegenseitige Rechtshilfe.

[Sommerda, 7. August. [Dreyfes Granatgewehr.] Die „Erf. Ztg.“ berichtet: Heute Morgen hat von hier aus der Bruder des Geh. Commissions-Rathes v. Dreyse nebst Sohn eine Reise nach Spandau angetreten, woselbst das neu von Herrn v. Dreyse erfundene Granatgewehr einer Prüfung unterworfen werden soll.

[Zena, 8. August. [In einer gestern hier abgehaltenen Versammlung] wurde ein Comité für die Wahl von Prof. Hildebrand gewählt. Ein Vorschlag auf Gründung eines Vereins für ganz Thüringen, durch welchen die freisinnigen Abgeordneten mit Geld unterstützt werden sollten, wurde dem Comité überwiesen.

[Neustadt, 9. August. [Zu den Wahlen.] Die heutige liberale Kreis-Delegirten-Versammlung wählte Staatsrath Francke zum Parlamentscandidaten für den neunten Kreis.

[Dresden, 9. Aug. [Vertretung des Bundeskanzlers.] In gewöhnlich gut orientirten Kreisen circulirt seit einiger Zeit das Gerücht, daß der sächsische Staatsminister Fehr. von Friesen ausserhalb sei, nach Artikel 15 der Bundesverfassung in Fällen der Verhinderung des Bundeskanzlers denselben vermöge schriftlicher Substitution zu vertreten.

[Wiesbaden, 8. August. [Berufung.] Von den Räten des hiesigen Ober-Appellationsgerichts hat dem „Fr. Z.“ zufolge nur der General-Staatsprocurator Eckhardt sich bereit erklärt, in das zu errichtende Ober-Appellationsgericht zu Berlin einzutreten.

[Wiesbaden, 8. August. [Die Spielbank.] Wie man dem „Fr. Z.“ schreibt, hat die Direction der Spielbank ihre Actionäre auf Verlangen der königl. Polizeidirection zu einer Generalversammlung auf den 6. September berufen, um über eine Proposition der Regierung hinsichtlich des Fortbetriebes des Spieles zu beschließen.

[Wiesbaden, 9. Aug. [Die Schlösser des Gr. Herzogs.] Sicherem Vernehmen nach haben die Recepturen zu Weilsburg, Wiesbaden und Bieidenstadt die Weisung erhalten, die Schlösser des Gr. Herzogs in den genannten Recepturbezirken auf den Namen des königl. preussischen Fiskus bei den Kandoberkulturbereitungen überschreiben zu lassen.

[Kassel, 8. August. [Pensionsbewilligungen.] Die „Hess. M.-Ztg.“ berichtet im Anschluß an eine frühere Mittheilung, daß der König den in den Jahren 1850 und 1851 entlassenen verfassungstreuen Offizieren, für welche die farbheftigen Stände wiederholt, aber vergebens, sich verwendeten, Pensionen bewilligt hat.

[Darmstadt, 8. August. [Der Postvertrag] mit Preußen ist nunmehr ratificirt und bereits den Ständen vorgelegt.

[München, 8. Aug. [Die Wahl des Grafen v. Hegnenberg-Dux] zum Befandten am preussischen Hofe hat ein ebenso großes Aufsehen in allen Parteischichtungen erregt, wie sie mit Befriedigung begrüßt wird.

[München, 8. August. [Die katholischen Feiertage.] Wie schon vor einiger Zeit verlautete, beabsichtigt die Regierung mit einer Verminderung der katholischen Feiertage vorzugehen und hat sich deshalb zunächst mit den Erzbischöfen und Bischöfen vertraulich in Verbindung gesetzt.

[Baireuth, 8. Aug. [Eine Brotvergiftung], wie sie im vorigen Monat in Würzburg stattfand, setzt heute unsere Stadt in Aufregung. Eine Menge Familien und Personen (man spricht von etlichen sechzig), welche heute Morgen von dem Weißbrot (Semmeln) des Bäckermeisters Schott in der Judengasse genossen, erkrankten unter den Symptomen der Vergiftung.

[Wien, 9. August. [Diplomatisches.] Die „Wiener Correspondenz“ meldet: Der kaiserliche Botschafter in Rom, Baron Hübner, hat sich in Folge besonderer Berufung von Rom direct nach Wien begeben.

[Frankreich. \* Paris, 8. Aug. [Zur Salzburger Reise des Kaisers.] Die bereits telegraphisch erwähnte Note des „Constitutionnel“ lautet wörtlich: „Einige Wiener Blätter überlassen sich in Betreff der Reise des Kaisers und der Kaiserin nach Salzburg ihrer vollen Einbildungskraft.

